

Jharkhand: Zeit zu handeln!

Herausforderungen an die neue Landesregierung

Bineet Mundu

Der Bundesstaat Jharkhand ist von der Adivasi-Kultur bestimmt, wenngleich die Landespolitik dies in der Vergangenheit nicht unbedingt hatte vermuten lassen. Seit Ende Dezember 2019 ist eine Regierung im Amt, deren Ministerpräsident wieder Adivasi-Angehöriger ist. Inwieweit die dadurch genährten Hoffnungen Aussicht auf Erfüllung haben, skizziert der nachfolgende Beitrag.

Mit Hemant Soren von der Partei *Jharkhand Mukti Morcha* (JMM) hat ein Adivasi-Angehöriger wieder die Regierungsgeschäfte übernommen. Die JMM bildet eine Koalitionsregierung mit der Kongress-Partei und der Regionalpartei *Rashtriya Janata Dal* (RJD). Sie hatten die Landtagswahlen im Dezember gegen die BJP-geführte Allianz gewonnen und den vormaligen Chiefminister Raghubar Das (BJP) ablösen können.

Dies hat den Menschen in Jharkhand neue Hoffnung gegeben, zumal die Wahlentscheidung vieler sich davon leiten ließ, die ständigen Angriffe der vormaligen BJP-Landesregierung auf grundlegende Rechtsgarantien der Adivasi-Bevölkerung auch an der Wahlurne abzuwehren. Die Landesregierung von Raghubar Das hatte quasi einen Generalangriff gegen historisch verbürgte Landrechte und traditionelle Selbstverwaltungssysteme der Adivasi gestartet. Mit der Einrichtung einer sogenannten „Landbank“ sollte unter Umgehung einer Verfassungsänderung der Grunderwerb von verfassungsrechtlich geschütztem Adivasi-Territorium erleichtert werden (siehe SÜDASIEN Heft 2-2019). Hinzu kamen gehäuft auftretende Fälle von Hungertod, Lynchmorde oder Gräueltaten an Adivasi, Dalits, Muslimen und Frauen, staatlich protegierte Attacken von Hindu-Eiferern gegen alle

außerhalb ihres Hindu-Nationalismus Stehenden, Angriffe auf die Meinungsfreiheit und anderes mehr.

Die Ungeduld ist groß

Die neue Regierung sieht sich hohen Erwartungen gegenüber. Wahlmanifeste der Partei JMM sowie der Kongress-Partei vor den Wahlen hatten viele Aussagen getroffen, die nun eingefordert werden. Am 24. Februar 2020 veröffentlichte ein zivilgesellschaftliches Forum (*Jharkhand Janadhikar Mahasabha*) einen Appell,¹ der von mehr als zwanzig Organisationen unterstützt wurde, der sich an die neue Landesregierung richtete. Die Initiatoren wählten dafür das Datum, an dem die Parlamentsitzung zur Beratung des zukünftigen Landeshaushalts anberaumt war. Der Appell benannte fünf Politikfelder als vordringlich, in denen rasche Ergebnisse etwa in Form von Budgetfestlegungen erwartet werden: die *Pathalgadi*-Bewegung, die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen durch die Dorfversammlung (*Gram Sabha*), Lynchmorde, Hunger und Mangelernährung sowie die Änderungen bei den Staatsbürgerschaftsgesetzen.

Jharkhand ist einer von zehn Bundesstaaten, in denen besondere Verfassungsbestimmungen (sogenannte *V. Schedule*; Anm. d. Red.) die Landrechte und tradierte Selbstver-

waltungsorgane der Adivasi schützen sollen. In Kombination mit neueren gesetzlichen Regelungen (*Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act, 1996*, PESA) zur Rolle der Dorfräte (*Panchayat*) und der Dorfversammlungen (*Gram Sabha*) wurden Adivasi-Gemeinschaften zumindest rechtlich in die Lage versetzt, ihre Selbstverwaltung ausüben und ihre natürlichen Ressourcen schützen zu können. Um diese Bestimmungen auch Praxis werden zu lassen, organisierten Adivasi-Gemeinschaften und –Organisationen auch in früheren Jahren landesweit Proteste und Initiativen.

Ein Themenschwerpunkt des Appells bezieht sich auf die *Pathalgadi*-Kampagne (siehe SÜDASIEN Heft 1-2019). Die *Pathalgadi*-Bewegung organisierte öffentlichkeitswirksame Aktionen. Sie setzte eineinhalb bis zweieinhalb Meter hohe Steinmonumente an die Eingänge der Dörfer mit eingravierten Zitaten aus der Verfassung. Gleichzeitig erklärte die Bewegung Staatsbeamte einschließlich Sicherheitskräfte zu „unerwünschten Personen“ – soweit sie keine erkennbaren Maßnahmen zwecks Umsetzung der Rechte unternommen hatten oder gar dagegen arbeiteten. Die Kampagne fand insbesondere im Khunti-Distrikt des Bundesstaates großen Anklang. Dort gibt es eine lange Tradition in der Errichtung von Steinstelen.



Hemant Soren, Parteiführer des Jharkhand Mukti Morcha, und derzeit Ministerpräsident des Bundesstaates Jharkhand.

Bild: Ghoseb, wikimedia (CC BY-SA 4.0)

Erwartungen an einzelne Politikfelder

Die Vorgängerregierung unter Raghubar Das hatte diese Bewegung mit repressiven Maßnahmen zu unterdrücken versucht und die strafrechtliche Keule geschwungen. Unter dem Vorwand des Aufruhrs (*sedition*) wurden einzelne Sprecher der Bewegung inhaftiert, aufgrund der Anklage *Sedition* ohne Möglichkeit einer Freilassung auf Kaution, teilweise in Isolationshaft gehalten und mit langen Haftstrafen bedroht. Die Anklage wegen Aufruhr entbehrte zwar eines der wichtigsten Kriterien, das bewaffnete Vorgehen, aber die vormalige Landesregierung zeigte sich unbekümmert, und die einschüchternde Wirkung trat ein. In den Schulen in diesen Gebieten waren Polizeilager eingerichtet worden, die in der Dorfgemeinschaft

Angst und Schrecken verbreiteten und nicht zuletzt den Bildungsauftrag des Staates lahm legten. Immerhin hatte die neue Landesregierung frühzeitig verlautbart, die Kriminalisierung dieser *Pathalgadi*-Kampagne vorläufig auszusetzen, die Anklagen zurückzuziehen und Inhaftierungen auszusetzen. Noch im März 2020 war jedoch kein entschiedenes Regierungshandeln in dieser Sache erkennbar.

Enttäuscht zeigten sich die Initiator(inn)en des Appells ebenso in Bezug auf die Umsetzung von PESA. Die neue Landesregierung ließ nicht erkennen, dass sie hier zukünftig ihre Prioritäten setzen wollte. Dies gilt ebenfalls für die erwähnte Landbank als Hebel zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen. Die Wahlmanifeste der JMM sowie der Kongress-Partei hatten zwar damit geworben, keinen gewaltsamen Landerwerb zuzulassen, aber momentan schweigt sich die Landesregierung darüber aus. Für Adivasi-Gemeinschaften in einzelnen Gebieten verbinden sich damit jedoch Überlebensfragen. Würden die Projekte wie das *Adani*-Kraftwerk (Godda), der *Icha-Kharkayi*-Damm (West Singhbhum) oder der *Mandal*-Damm (Palamu) verwirklicht, bliebe weder von der natürlichen Umwelt noch den Rechtsgarantien und der Selbstverwaltung faktisch etwas übrig.

Hohe Erwartungen wurden ebenso an die Sozialpolitik gestellt. In den vergangenen fünf Jahren Legislaturperiode gab es eine ungewöhnlich hohe Zahl an Hungertoten, die auf das Versagen des öffentlichen Verteilungssystems zurückzuführen waren. Erschwerend kam hinzu, dass die vormalige BJP-Landesregierung diesen Fakt schlicht leugnete: es gebe keine solchen Hungertoten. Der neue, für Nahrung zuständige Minister, Rameshwar Oron, hinterließ in diesem Kontext allerdings keinen ermutigenden Eindruck. Laut Korrespondenten der Tageszeitung *The Hindu* versicherte Rameshwar Oron in einem Interview vom 7. März, dass die Landesregierung „kontinuier-

lich weiterarbeite“. Das wäre fatal und stünde nicht nur im Widerspruch zu den Wahlmanifesten, sondern wäre Realitätsverleugnung.

Schließlich hatte die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes (*Citizens Amendment Act, CAA*) sowie die Erfahrungen mit der Registrierung in Assam (*National Population Register, NPR*) auch in Jharkhand für Unruhe gesorgt. Viele Adivasi befürchteten vergleichbare Schwierigkeiten, ihren Status und ihre staatsbürgerliche Zugehörigkeit mit legal gültigen Dokumenten belegen zu können. Am 5. März protestierten potenziell Betroffene vor dem Haus des Gouverneurs (Statthalter des Präsidenten, Anm. d. Red.), um die Rücknahme der Änderungen zu fordern und die aktuelle Landesregierung zu einer klaren Positionierung zu bewegen. Das wäre nichts Unmögliches verlangt. Die Landesregierungen der Bundesstaaten Kerala, Punjab, Westbengalen, Rajasthan und Bihar haben ihre ablehnende Haltung zu den Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht vernehmlich zu Protokoll gegeben. Die Landesregierung in Jharkhand schwieg sich jedoch bislang aus – eine für viele enttäuschende Position in dieser Angelegenheit. So hatten sie sich den Start der neuen Landesregierung nicht vorgestellt.

Zum Autor



Bineet Mundu arbeitet seit langem zu Landrechten und traditioneller Selbstverwaltung der Adivasi und hält einen Master in *Indigenous Studies* von der Tromsøe Universität in Norwegen.

versität in Norwegen.

Endnote

¹ Anm. d. Red.: Der Appell *Time for the Jharkhand government to act on its poll promises and peoples demands* ist abrufbar über die Webseite des Nachrichtenportals *Counterview* via <https://www.counterview.net/2020/02/jharkhand-govt-told-to-implement.html>.